

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 08.02.2011
Raum: Ratssaal des Rathauses
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 17:28 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ratsvorsitzender

Herr Walter Steinhausen CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Bürgermeister Dieter Decker CDU

Herr 1. stv. BM Dieter von Essen CDU

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Walter Backhaus CDU

Frau Sylke Heilker CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Frau Corinna Martens CDU

Frau Gerta Pfeifer CDU

Frau Friedegund Reiners CDU

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Reiner Wessels CDU

Herr Torsten Wilters CDU

Herr 2. stv. BM Egon Düser UWG

Herr Rainer Zörgiebel UWG

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Jürgen Haake FDP

Herr Detlef Bredow SPD

Frau Kerstin Druivenga-Kreitsmann SPD

Herr Dieter Güttler SPD

Frau Carmen Jürgens SPD

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Herr Rainer Meyer SPD

Herr Werner Skirde SPD

Frau Marie-Luise Weber SPD

Herr Michael Köver B90/Grüne

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Ehrenratsmitglieder

Frau Marianne von Essen	CDU
Herr Gerd Meister	SPD

Verwaltung

Herr Günther Henkel	
Herr Fritz Sundermann	
Herr Stefan Unnewehr	
Frau Hanna Binnewies	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Frank Dudek	
Herr Ralf Kobbe	Protokoll

Gäste

Herr Nordwest-Zeitung Frank Jacob
Frau Rasteder Rundschau Britta Lübbers
sowie 9 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Hans-Gerold Finkeisen	CDU
Herr Alfons Langfermann	CDU
Herr Klaus Hillen	UWG
Frau Sabine Koopmann	SPD
Frau Monika Sager-Gertje	SPD
Frau Gudrun Oltmanns	B90/Grüne

Ehrenratsmitglieder

Herr Hans-Hermann Schlange	SPD
----------------------------	-----

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.12.2010
- 4 Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2011
Vorlage: 2010/202A
- 5 5. Änderung des Bebauungsplanes 23 - Hankhausen
Vorlage: 2011/006
- 6 Bebauungsplan 79 E - Südlich Schlosspark
Vorlage: 2011/005
- 7 Sanierungssatzung ehemalige Schloßgärtnerei
Vorlage: 2011/009
- 8 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2011
Vorlage: 2011/002
- 9 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Sitzungsverlauf:

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 29 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Rat beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.12.2010

Der Rat beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 13.12.2010 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

**Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2011
Vorlage: 2010/202A**

Sitzungsverlauf:

Herr von Essen bemerkt, dass sich die Mehrheitsgruppe intensiv mit der Thematik beschäftigt hat und letztendlich zu der Auffassung gekommen ist, dass insbesondere die Situation im Hauptort bei der Trennung in zwei Wahlbereichen problematisch und für die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar ist. Da die gesetzlichen Bestimmungen die Bildung eines Wahlbereiches neuerdings zulassen, spricht sich die CDU/UWG/FDP-Gruppe für die Kommunalwahl 2011 für diese Neureglung aus, sodass alle Bürger künftig alle Kandidaten im Gemeindegebiet wählen können. Er betont zudem, dass er die Sorge der SPD-Fraktion hinsichtlich einer möglichen Schwächung der Außenbereiche nicht teilt, da insbesondere auf den Dörfern der Kandidat vor Ort gezielt unterstützt wird.

Herr Kramer betont, dass auch die SPD-Fraktion noch einmal lange die Thematik erörtert hat, und nunmehr zu der Entscheidung gekommen ist, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Er bemerkt, dass die Neuregelung insbesondere Vorteile für die kleineren Parteien mit sich bringt und zur Vereinfachung der Wahl im Hauptort beiträgt. Dessen ungeachtet sieht er für den Außenbereich aber nach wie vor auch Nachteile, die jedoch das Wahlergebnis nicht beeinflussen werden.

Herr Langhorst erläutert, dass die Einführung eines Wahlbereiches zur bürokratischen Vereinfachung führt und ein Plus an Demokratie bedeutet, da alle Kandidaten von allen Bürgern im Gemeindegebiet gewählt werden können. Allein die größeren Parteien haben den kleinen Nachteil, dass zwangsläufig mehr Kandidaten auf der Liste stehen, sodass der Bürger bei der Wahl genau hinsehen muss, um seinen Wunschkandidaten zu finden.

Herr Krause legt dar, dass auch die in der Anlage zur Vorlage aufgezeichnete Neuordnung der Wahlbezirke ein Schritt in die richtige Richtung ist. Damit werden etwa gleichgroße Wahlbezirke geschaffen, sodass letztendlich auch eine schnelle Auszählung zu erwarten ist.

Beschluss:

Die Gemeinde Rastede bildet für die Kommunalwahl 2011 einen Wahlbereich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 5

5. Änderung des Bebauungsplanes 23 - Hankhausen
Vorlage: 2011/006

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 01.02.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 – Hankhausen nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

Bebauungsplan 79 E - Südlich Schlosspark
Vorlage: 2011/005

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 01.02.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 E – Südlich Schlosspark nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 7

**Sanierungssatzung ehemalige Schloßgärtnerei
Vorlage: 2011/009**

Sitzungsverlauf:

Frau Lamers begrüßt, dass mit der Verabschiedung einer Sanierungssatzung ein rechtliches Instrument genutzt wird, mit dem sowohl der finanzielle Ausgleich für die Gemeinde als auch die Sicherheit hinsichtlich der festgeschriebenen sachgerechten Entsorgung möglicher Altlasten für die künftigen Bewohner gewährleistet wird.

Beschluss:

1. Die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchung für den Bereich „ehemalige Schloßgärtnerei“ werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die beigefügte Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes ehemalige Schloßgärtnerei wird beschlossen. Die Sanierung wird im umfassenden Verfahren durchgeführt. Die Vorschriften der §§ 144, 152 – 156a BauGB über genehmigungspflichtige Vorhaben, Teilungen und Rechtsvorgänge, sowie Ausgleichsleistungen finden Anwendung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2011

Vorlage: 2011/002

Sitzungsverlauf:

Herr von Essen macht deutlich, dass der erste Nachtrag zu Beginn eines Jahres zwar äußerst ungewöhnlich ist, jedoch vor dem Hintergrund des bewilligten Landeszuschusses in Höhen von über 1,3 Millionen Euro für die Erschließung des Gewerbe- und Industriegebietes am Autobahnkreuz Oldenburg-Nord, der weiteren gewerblichen Erschließung in der Tannenkrugstraße sowie der geplanten Salzlagerstätte unabdingbar ist. Er betont zudem, dass ein Großteil des Finanzierungsbedarfs quasi als Zwischenfinanzierung zu sehen ist, da bereits jetzt absehbar ist, dass Grundstücke veräußert werden und das Geld somit relativ schnell zurückfließt.

Herr Kramer schließt sich den Ausführungen von Herrn von Essen an und betont, dass alle Punkte uneingeschränkt auch von der SPD-Fraktion unterstützt werden.

Frau Fisbeck bemerkt, dass der Nachtrag überaus positive Auswirkungen auf Rastede in Bezug auf die Infrastruktur, Arbeitsplätze, Gewerbe und Wohnen hat und daher uneingeschränkt unterstützt werden kann.

Herr Köver führt analog zu seinen Ausführungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Haushalt zwar grundsätzlich positiv gegenübersteht, jedoch seinerzeit bereits die Planung für das Industriegebiet abgelehnt hat, sodass jetzt eine Enthaltung nur konsequent ist. Er bemerkt außerdem, dass ein Industriegebiet in dieser Größe völlig überdimensioniert ist.

Herr Krause legt dar, dass es auch unter den Kommunen in der jüngeren Vergangenheit verstärkt um Wettbewerbsfähigkeit geht. Vor diesem Hintergrund birgt der Landeszuschuss in Höhe von 1,3 Mio. Euro für die Erschließung des Gebiets den großen Wettbewerbsvorteil, dass die voll erschlossenen Grundstücke aufgrund des geringeren Preises leichter verkauft werden können. Diesen Vorteil gilt es jetzt mit dem Nachtrag zu sichern, sodass es aus seiner Sicht unverständlich ist, warum sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Stimme enthält.

Herr Langhorst weist darauf hin, dass eine Enthaltung sehr wohl möglich und auch schlüssig ist. Er erinnert daran, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenso wie die SPD seinerzeit für eine gewerbliche Entwicklung am Autobahnkreuz Oldenburg-Nord eingetreten ist, jedoch entschieden gegen die Ausweisung als Industriegebiet gekämpft hat. Vor dem Hintergrund, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Haushalt nicht grundsätzlich blockieren will, ist eine Enthaltung der richtige und konsequente Weg.

Herr Kramer erklärt, dass sich die SPD seinerzeit für ein Gewerbe- und gegen ein Industriegebiet ausgesprochen hat und dazu auch nach wie vor steht. Mit Blick auf die heutige Sitzung weist er jedoch darauf hin, dass es aktuell nicht um die Ausweisung eines Gewerbe- oder Industriegebietes geht, sondern um den ersten Nachtrag, der eine millionenschwere Förderung des Landes für den Ausbau der Infrastruktur am Autobahnkreuz Oldenburg-Nord beinhaltet. Damit einher geht voraussichtlich die Ansiedlung eines Vorzeigebetriebes, die ausdrücklich begrüßt wird.

Herr Skirde bemerkt, das die SPD-Fraktion bei der demokratischen Auseinandersetzung gegen das Industriegebiet zwar unterlegen war, gleichwohl aber eine vernünftige gewerbliche Entwicklung in diesem Bereich unterstützt.

Herr Güttler ergänzt, dass es heute um zusätzliche Finanzmittel, Arbeitsplätze und letztendlich um zufriedene Bürger geht, sodass dem Nachtrag nur zugestimmt werden kann.

Bürgermeister Decker macht deutlich, dass die vorgesehene Ansiedlung des regional bekannten Unternehmens nur in einem Industriegebiet möglich ist. Gleiches gilt für die Landesförderung, die nur gewährt wird, weil dieses Projekt aufgrund der Größe und seiner exzellenten Lage von überregionaler Bedeutung ist und somit für das Land ein sogenanntes „Leuchtturmprojekt“ darstellt. Eine Förderung für ein kleinteiliges Gewerbegebiet wäre in diesem Umfang und aus diesem Finanzierungstopf mit Sicherheit nicht möglich gewesen.

Beschluss:

1. Die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2011 wird beschlossen.
2. Der 1. Nachtragshaushaltsplan 2011 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen

im Ergebnishaushalt

bei den Erträgen mit	24.461.476 Euro
bei den Aufwendungen mit	24.461.476 Euro

im Finanzhaushalt

bei den Einzahlungen aus laufender. Verwaltung	22.258.569 Euro
bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltung	21.874.730 Euro
bei den Einzahlungen aus Investitionen	5.315.435 Euro
bei den Auszahlungen aus Investitionen	9.793.161 Euro
bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	5.846.710 Euro
bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.752.823 Euro

beschlossen.

3. Das Investitionsprogramm 2010 bis 2014 wird beschlossen.
4. Die Finanzplanung 2010 bis 2014, soweit sie sich gegenüber dem Haushaltsplan 2011 geändert hat, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	2
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

Schließung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 17:28 Uhr.